

Christen, Juden und Muslime beleuchten Verhältnis Politik-Religion

Ökumenische Sommerakademie im Stift Kremsmünster zum Thema "Gottesstaat - oder Staat ohne Gott" eröffnet - Aichern hofft auf Impulse zum Zusammenrücken der drei abrahamitischen Religionen

Impulse zum Zusammenrücken der drei abrahamitischen Religionen Christentum, Judentum und Islam erhoffte sich der Linzer Bischof Maximilian Aichern von der 4. Ökumenische



Sommerakademie vom 10. bis zum 12. Juli im Stift Kremsmünster (Oberösterreich). In seinen Eröffnungsworten am Mittwochnachmittag gratulierte er den Veranstaltern - neben dem ORF auch der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), die evangelische Kirche in Oberösterreich, die Katholisch-Theologische Privatuniversität Linz und das Land Oberösterreich - dazu, dass es gelungen ist, namhafte Fachleute aus allen drei Weltreligionen zum Tagungsthema "Gottesstaat - oder Staat ohne Gott" zu gewinnen. Unter anderem leuchteten der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Nadeem Elyas, der Professor für die Geschichte des jüdischen Volkes an der Hebrew University of Jerusalem, Daniel R. Schwartz, und der Theologe Michael Weninger, der den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi in religiösen Fragen berät, das Spannungsfeld von Religion und Politik aus.

ÖRKÖ-Vorsitzende Christine Gleixner stellte die Sommerakademie in den Kontext der europäischen "Charta Oecumenica", in der die christlichen

Kirchen in Europa vor rund einem Jahr die Regeln für die weitere ökumenische Zusammenarbeit festlegten. Die Christen hätten sich auch verpflichtet, "den Dialog mit ihren jüdischen Geschwistern auf allen Ebenen zu suchen und bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten", erinnerte Gleixner in ihren Eröffnungsworten. Der oberösterreichische Superintendent Hansjörg Eichmeyer wies am 507. Geburtstag des Reformators Jean Calvin, wie er betonte, darauf hin, dass im Lauf der Geschichte beiden - den Gottesstaaten wie den Staaten ohne Gott - meist die Liebe gefehlt habe. Ein guter Weg verlange von den Herrschenden Demut, den "Mut zum Dienen". Auch ORF-Generaldirektorin Monika Lindner unterstrich die Bedeutung des interreligiösen Gesprächs. Die Aufgabe des ORF sehe sie darin, "Ursachen, Strömungen und Perspektiven aufzuzeigen und der ewig sich stellenden Sinnfrage des Menschen neue Nahrung zu geben".

Christentum begann mit kritischer Distanz zum Staat

Nach gängiger Auffassung wurde die Unterscheidung von Politik und Religion während der Aufklärung durchgesetzt, dem "finsternen Mittelalter" mit seiner engen Verzahnung von religiöser und politischer Macht sei durch das Licht der politischen Vernunft ein Ende gemacht worden. Prof. Rolf Schieder, evangelischer Religionspädagoge an der Universität Koblenz-Landau, vertrat demgegenüber in seinem Referat die These, dass die Unterscheidung von Religion und Politik im Christentum seit seinen Anfängen angelegt war. Bereits das Neue Testament arbeite mit einer "politischen Differenztheorie". Man darf laut Schieder nicht vergessen, dass der Tod Jesu ein politischer Mord war und dass die Christen bis ins 4. Jahrhundert hinein "als verfolgte Minderheit ein ambivalentes Verhältnis zur politischen Macht hatten".

Mit seinem "Gottesstaat" habe der Kirchenvater Augustinus eine hohe Messlatte an jeden irdischen

Staat angelegt. Seine eschatologisch orientierte politische Theologie sei bis in die Neuzeit stilbildend geblieben. Staaten seien in der Sicht von Augustinus nichts anderes als "Räuberbanden", wenn es ihnen an Gerechtigkeit fehle. Christen in der Politik müssten dahingehend wirken, dass der irdische Staat in Analogie zum Reich Gottes errichtet wird. Diesen Gedanken habe die politische Ethik des Protestantismus aufgegriffen, verwies Schieder auf das Beispiel der puritanischen Pilgerväter in Neuengland. Während die französische Aufklärung einen strikt antiklerikalen Charakter hatte, belege der Blick auf die Entstehung und Entwicklung der USA, "dass die Religion den Freiheitsgedanken beflügeln kann". Die "religionsfreundliche Aufklärung" in den USA rückt - so der Religionspädagoge - erst allmählich in das Bewusstsein europäischer intellektueller Eliten.

"Religionen werden für Machtansprüche Einzelner missbraucht"

"Religionen haben ihre Unschuld verloren und werden als Etiketten für die Machtansprüche Einzelner missbraucht": Das erklärte der Pro-Rektor der Katholisch-Theologischen Privatuniversität Linz, Prof. Severin Lederhilger. Als Beispiele dafür führte er die blutigen Konflikte in Nahen Osten, auf dem Balkan und in Nordirland an.

Der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer bezeichnete es in seinem Einleitungswort als Unheil bringend, den Staat mit dem Reich Gottes gleichzustellen. "Wenn die Politik die Rolle der Erlösungslehre für sich beansprucht hat, dann hat das unsägliches Leid über die Menschen gebracht", sagte Pühringer unter Hinweis auf Kommunismus und Nationalsozialismus. Die Politik solle sich "davor hüten, die Sinnfrage allein beantworten zu wollen". Hier seien die Religionen gefragt: "Die Kirchen müssen Festland sein in einer sehr bewegten Welt". Nach den Worten Pühringers braucht die Politik die Wächterfunktion der Kirchen bei gesellschaftspolitischen Themen ebenso wie das Engagement gläubiger Christen.

"Wo wohnt Gott?"



"Wo wohnt Gott?" lautete die Leitfrage im Referat von Daniel R. Schwartz, Professor für die Geschichte des jüdischen Volkes an der Hebrew University of Jerusalem. Die Bibel gebe darauf zwei verschiedene Antworten. Zum einen ver-

weise sie in vielen verschiedenen Stellen auf Gottes Transzendenz - er könne überall gefunden werden -, eine Sichtweise, die für die Juden in der Diaspora maßgeblich wurde. Auf der anderen Seite mangelt es laut Schwartz nicht an biblischer Untermauerung der Ansicht, dass das Land Israel Gottes besonderes "Erbe" ist.

Von der Zerstörung des Tempels in Jerusalem im Jahr 70 und bis zur Gründung des jüdischen Staates 1948 habe die jüdische Tradition das "Glück" gehabt, entsprechend der ersten Sichtweise zu leben und gleichzeitig die Ideale der zweiten "als Hoffnung zu behalten, die sie bedingt durch die historischen Umstände nicht erfüllen konnte", sagte Schwartz. Heute jedoch müssten die Juden "wählen, wo sie Gott zu leben erlauben".

Die Spannung zwischen der Säkularisierung nach westlichem Muster und dem religiösen Anspruch im Judentum der Gegenwart beleuchtete die erste Rabbinderin in Österreich, Eveline Goodman-Thau. Die Professorin für Jüdische Religions- und Geistesgeschichte am Wiener Institut für Philosophie wies auf den kulturellen Beitrag hin, den Juden in der Geschichte Europas Jahrhunderte lang zu Gunsten von Humanisierung und Toleranz geleistet haben. Die jüdische Religion habe auch "das Prophetentum" nach Europa gebracht, erinnerte Goodman-Thau.